

Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 09.11.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0051

Sozialleistungsmissbrauch

**- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.11.2005 -
Vorbemerkung:**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat im August 2005 einen Report vorgelegt mit dem Titel „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, `Abzocke` und Selbstbedienung im Sozialstaat. In diesem Bericht werden Fallgruppen von Sozialleistungsmissbrauch, Machenschaften von Helfershelfern sowie Kontrollmaßnahmen gegen Sozialleistungsmissbrauch aufgelistet.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ggf. in nicht-öffentlicher Sitzung zu berichten ob und ggf. in welcher Fallzahl und mit welchen finanziellen Auswirkungen vergleichbare Fälle von Sozialleistungsmissbrauch in Wiesbaden vorgekommen sind; ob dem Magistrat Personen oder Institutionen in Wiesbaden bekannt sind, die mit einer so genannten Beratungstätigkeit tatsächlich Beihilfe zum Sozialleistungsmissbrauch leisten; welche Maßnahmen der Magistrat mit welchem Erfolg bereits ergriffen hat bzw. in Zukunft noch zusätzlich ergreifen wird, um Sozialleistungsmissbrauch in Wiesbaden möglichst erfolgreich zu unterbinden bzw. zu verfolgen.

Beschluss Nr. 0318

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion wird angenommen.

Der Magistrat wird gebeten, in seinem Bericht auch die folgende Fragestellungen zu berücksichtigen:

Wie sieht es in Wiesbaden aus mit möglichen Ersatzfunktionen von BaföG durch Grundsicherung für Arbeitssuchende bei Schülern und Studierenden?

Haben wir Erfahrungen mit schlecht gerechneten Einnahme- und Ausgaberechnungen von Selbständigen?

Ist sichergestellt, dass diese Einnahme- und Ausgaberechnungen durch sachkundiges Personal überprüft werden können?

Wie sind die Erfahrungen mit Hausbesuchen zum Nachweis einer tatsächlich vorhandenen eheähnlichen Lebensgemeinschaft?

Wird überprüft, ob 1€-Jobber missbräuchlich eingesetzt werden?

Findet eine telefonische Überprüfung von Datenbeständen statt?

In welchem Umfang wird zumutbare Arbeit angeboten?

Wird in Beratungsstellen und –leitfäden zu kriminellen Handlungen aufgerufen?

Gibt es Missbrauch im Bereich Vermittlungsgutscheine?

Welche Erfahrungen liegen in Wiesbaden vor zum Thema Fälschung von Mietverträgen bzw. Nichtweitergabe von Unterkunftskosten an Vermieter?

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

Horschler
Stellv. Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2005

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister